

Netzwerkforum

Berichte – Informationen – Debatte

Juni 2024

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,

vielleicht ist jemandem aufgefallen, dass das letzte Netzwerkforum ausfallen musste. Es lagen einfach kaum Berichte oder Wortmeldungen vor. Das ist diesmal leider nicht viel anders. Entsprechend knapp fällt der Umfang dieses Forums aus. Dabei liegen Themen auf dem Tisch, gerade auch solche, die im Netzwerk und seinen Initiativen unterschiedlich bis kontrovers beurteilt werden. Zudem: die vielen Aktivitäten zur Erinnerungskultur in Stadt und Region sind es wert, über die jeweilige Teilnehmer Schaft hinaus für möglichst viele bekannt gemacht zu werden. Wenn die gegenwärtige Form von Mitteilung, Dialog und Debatte nicht (mehr) angemessen sein sollte, kann darüber diskutiert werden. Nur wegschlummern sollte die Kommunikation unter uns und darüber hinaus nun wirklich nicht. Auf der anstehenden Mitgliederversammlung des Netzwerks am 11. Juni (Gäste sind herzlich willkommen) werden wir über Kommunikation beraten, wie insgesamt einige Herausforderungen an uns gestellt sind, denen wir uns stellen müssen.

Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Der Inhalt:

- **Combatants for Peace Wege zum Frieden für Israel und Palästina**
- **Ukraine: Kraftvolle Demonstrationen des Widerstandswillens gegen die russische Aggression**
- **Eine halbe Demokratiebewegung – kritische Anmerkungen**
- **Neuigkeiten aus dem Projekt zu Zwangsarbeit in Lehrte**
- **Der Winter der Literatur - Rezension**

Combatants for Peace

Wege zum Frieden für Israel und Palästina

Unter diesem Motto stellten *Osama Elewat* und *Rotem Levin* ihre persönlichen Visionen von einem gewaltfreien Ende der israelischen Besetzung, dem palästinensischen Verzicht auf Terror und Gewalt und einer friedlichen Ko-Existenz von Israelis und Palästinensern vor. Der ehemalige palästinensische Intifadakämpfer und der einstige israelische IDF-Soldat waren mit ihrer Friedensmission quer durch Deutschland unterwegs. Anke Biedenkapp war es gelungen, sie für einen Stopp in Hannover zu gewinnen. Mithilfe von Ronald Clark [Aufhof]; Sabine Schofer und Lynn Schneg [Übersetzung], Ilka Theurich [Moderation], Ahed Nofal [Musikalische Einstimmung] und vielen anderen wurde eine beeindruckende Veranstaltung in einem prall gefüllten Aufhof-Forum realisiert.

Es ist in der aufgebrachten Stimmung, die der barbarische Überfall der Hamas auf israelische Menschen am 7. Oktober 2023 auslöste, keineswegs selbstverständlich, dass sich ein Israeli und ein Palästinenser auf offener Bühne in dieser Stadt zum Gespräch begegnen und – auf ein Publikum trifft, das interessiert ist und zuhört, ohne sich hausgemachten Kommentaren den Dialog zu stören. Indem die beiden ihre Biografie erzählten, konnte den Anwesenden deutlich werden, wie sehr die Menschen beider Seiten in diesem Dauerkonflikt in ihren eigenen Welten aufwachsen, geprägt werden von Vorurteilen und Legenden ausgerichtet auf Abgrenzung Feinddefinitionen. Beide Vortragenden hoben darauf ab, wie prägend es in den jeweiligen Gesellschaften sei, den jeweils anderen als Gegner als zu betrachten der einem die eigene Existenz rauben will. Erst als, angestoßen von außen, das Interesse für die Geschichte und das Befinden der Menschen der anderen Seite aufkeimte und sich entwickelte, hätten sie über das Verstehen einen Weg zum Begreifen des Anderen als Mensch entwickeln und so zueinander finden können. Die Anfeindungen und Behinderungen ihrer Arbeit in ihren jeweiligen Gesellschaften seien zwar erheblich, sie sähen aber keinen anderen Weg, der Spirale der Gewalt zu begegnen, als das Menschsein als Basis ihrer Verständigungsarbeit immer wieder in den Vordergrund zu rücken.

Die Veranstaltung ist aufgezeichnet und über die u.g. links nachzuverfolgen.



[Combatants for Peace deutsche Version](#) oder [Combatants for Peace - english Version](#)
auf [youtu.be](#)

oder auf <https://globalpartnership.de/compatans-for-peace>

PS

Ukraine: Kraftvolle Demonstrationen des Widerstandswillens gegen die russische Aggression

Zum Jahrestag des Beginns des „Großen Krieges“ hatten der Ukrainische Verein und viele andere ein umfangreiches Programm für die ukrainische Community und die deutsche Öffentlichkeit auf die Beine gestellt. Den Anfang machte am 23. Februar die Theatergruppe Teatromania 2.0 unter Leitung von Anton Telbizov. Ukrainische Jugendliche trugen im Lister Turm eine dokumentarische Performance mit dem Titel „Flügel - Крила“ vor. Ihre Erfahrungen von Flucht, Vertreibung, Gewalt, Kriege, Tod und Zerstörung, ihre Sehnsucht nach ihren Heimatstädten machten sie den vielen beeindruckten Zuschauer*innen im Saal eindrucksvoll zugänglich.

Am Samstag, 24. Februar, hatten sich viele Menschen mit Plakaten gegen die russische Aggression und ukrainischen Fahne am Bahnhofsvorplatz zu einer großen Kundgebung versammelt. Politiker*innen aus Stadt und Region versicherten dort ihre ungebrochene Solidarität mit der Ukraine. Redner*innen aus der Ukraine forderten diese vehement ein. Zwischen Kröpke und Bahnhof hatten sich dutzende Ukrainerinnen mit großformatigen Fotos in der Hand aufgestellt, die ihre Heimat vor und nach Zerstörungen dokumentierten. Im Gespräch mit diesen Frauen, die sich allein und oft mit Kindern, getrennt von Mann und Partnern hier im Exil durchschlagen müssen, ohne den Mut und ihre Kraft zu verlieren, wurde deutlich, mit welcher Power diese Frauen sich durchs Leben kämpfen. Am Sonntag erreichte die „Barwina“ Hannover, ein von russischer Streumunition durchlöcherter Krankenwagen aus der Region Charkiw – ein Symbol russischer Kriegsverbrechen. Auf einer gut besuchten Podiumsdebatte am Sonntagnachmittag im Kunstverein, organisiert von der „Deutsch-Ukrainischen Akademischen Gesellschaft“, schilderten und debattierten Mediziner*innen aus der Ukraine und Deutschland unter dem Motto „Medizinische Unterstützung der Ukraine zwischen Nothilfe und Zukunftsszenario“ die Dramatik der Verletzten und Verwundeten.

Diese Aktionen demonstrierten in vielfältiger Weise die Energie, mit der das ukrainische Volk in der Ukraine und in der Fremde für seine Befreiung kämpft. Die Behauptung des Widerstandswillens geht dabei einher – das wurde an dem Wochenende sehr deutlich – mit eindringlichen Forderungen an die deutsche Politik und Gesellschaft, die Unterstützung zu forcieren. Allerdings: Dass auf der großen Kundgebung am Samstag kein Plakat, kein Banner einer deutschen politischen und/oder gesellschaftlichen Organisation wie etwa dem DGB zu sehen war, zeigt auch, dass für die gesellschaftliche Unterstützung der Ukraine noch erhebliches zu tun ist.

PS

Eine halbe Demokratiebewegung – kritische Anmerkungen

Seit den Veröffentlichungen der Medienplattform am 10. Januar 2024 über ein bereits im November 2023 stattgefundenes Treffen von AfD-Mitgliedern, Unternehmern, Ärzten, Juristen und CDU-Mitgliedern in Potsdam, die über Abschiebe- und Vertreibungspläne von Migrant*innen und nicht mit der deutschen „Leitkultur“ konformen Menschen mit deutschem

Pass diskutierten, rollt eine Welle des demokratischen Protests durch Deutschland. Die Teilnehmerzahlen an den Kundgebungen, Demonstrationen, Lichterketten und anderen Aktionen gehen mittlerweile in die Millionen, die Teilnehmer bilden von der explizit antikapitalistischen Antifa bis hin zu Unternehmerverbänden und Unternehmen, die Rassismus unter dem Gesichtspunkt, dass dieser der deutschen Wirtschaft und damit unserem Wohlstand schaden könnte, eine viele Segmente der deutschen Gesellschaft erfassende Fronde zur Abwehr insbesondere der AfD. Dabei gehen auch in den ostdeutschen Bundesländern mutige Demokraten auf die Straße und überlassen öffentliche Räume nicht mehr den Neonazis und ihrer parlamentarischen Vorfeldorganisation. Vielfach bemüht werden Aussagen zur „Verteidigung unserer Demokratie“, „gegen Rassismus und für Toleranz“, „gegen Ausgrenzung, für Vielfalt,“ auch gegen „Extremismus.“ Ja, auch Forderungen nach einem Verbot der AfD, ihrer besonders faschistischen Landesverbände oder der Entzug staatlicher Parteienfinanzierung sind zu sehen.

Zunächst: Was ist die Frontstellung gegen Rassismus wert, wenn, wie in Hannover und andernorts Politiker aus SPD und Grünen ohne erkennbare Gegenrede Stellung nehmen gegen Rassismus und Diskriminierung, die wie Kanzler Olaf Scholz noch ein paar Wochen zuvor auf dem Titelblatt des „Spiegel“ Abschiebungen von Geflüchteten in großem Umfang gefordert haben (Stichwort: „Rückführungsvereinfachungsgesetz“) und eben diese Landespolitiker nichts gegen das Hochziehen tödlicher Mauern gegen Flüchtende einzuwenden haben, es sei denn, sie kommen „aus den richtigen Ländern“, wie der Ukraine. Diese Ungleichbehandlung gegenüber Klima- oder Kapitalismusflüchtlingen ist schon selbst ein Skandal. Nicht nur, dass es Augenwischerei ist, die jetzigen und erst recht nicht die kommenden Fluchtwellen mit Frontex, Abschiebungen in angeblich sichere Drittstaaten und Bezahlkarten in den Griff zu bekommen, es gibt „dem Affen Zucker.“ Wir werden mit jedem Zehntelgrad der Klimaerwärmung eine sich ausweitende Todeszone im Süden bekommen, in denen menschliches Leben nicht möglich oder unerträglich sein wird. Und aus solchen Situationen fliehen Menschen nun einmal. Jede Mauer, die dagegen vermeintlich hilft, wirkt auch auf die Gesellschaften zurück, die sie errichten – und das nicht in demokratischem Sinn. Warum wohl geraten die Seenotretter im Mittelmeer immer stärker ins Visier strafrechtlicher Regeln, die zudem im demokratischen Deutschland nicht viel anders aussehen als im von der Postfaschistin Meloni regierten Italien? Wir werden uns in vollem Bewußtsein der Tatsache stellen müssen, dass die Klimakatastrophe immer mehr zu einem Prüfstein demokratischer Verhalts- und Regierungsformen werden wird. Wohlfühlformeln werden dann nichts mehr nützen.

Was aber ist genau mit „Verteidigung unserer Demokratie“ gemeint? Welche Demokratie ist gemeint? Zunächst: Muss es nicht präziser um die Verteidigung von Grundrechten gehen, die sich aus Art. 1 unserer Verfassung, der Menschenwürdegarantie ergeben und die weitgehend von allen Menschen in Anspruch genommen werden können, die auf deutschem Boden leben? Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden, Art. 3 Abs. 3 Grundgesetzes. Wenn dieser Verfassungsgrundsatz, der sich als Abwehrrecht zunächst gegen staatliche Zumutungen richtet, zum selbstverständlichen Bestandteil unseres Lebens mit- und

untereinander werden soll, dann haben die Demonstrationen und Manifestationen ihren Sinn. Daran wäre aber zu arbeiten und das hat mit Toleranz nichts zu tun. Wer toleriert, der nimmt lediglich hin, duldet. Darum geht es aber nicht: es geht um gleiche Rechte, gleiche Berechtigung, gleichen Diskurs. Man kann auch sagen: Demokratie als Lebensform. Und ihre Grenzen, über die auch zu diskutieren wären.

Und hier bin ich beim nächsten Thema: um welche Art von Demokratie geht es? Um die Stimmzetteldemokratie, die mit gewagter theoretischer Konstruktion von einem Gesellschaftsvertrag ausgeht, dass es so, wie es ist, gut ist? Dass über die Wahl politischer Parteien der Souverän, das Volk, alle vier oder fünf Jahre seine Repräsentanten wählt und ansonsten am institutionellen Prozess nicht mehr maßgeblich teilnimmt? Wer diese Form von Demokratie meint, die verteidigt werden müsse, der hat von der profunden Legitimationskrise der länger etablierten politischen Parteien ebenso wenig Kenntnis genommen wie von der Krise der parlamentarischen Entscheidungsprozesse, in denen Lobbyinteressen im Zweifel doch mehr Gewicht haben als die Wählerinnen und Wähler. Geht es nicht vielmehr um eine soziale Demokratie, in der ALLE materiell so gesichert sind, dass sie am politischen und kulturellen Leben gleichberechtigt teilnehmen können, wenn sie wollen? Um eine soziale Grundierung politischer Demokratie zudem, in der wir auch in der Zeit in und bei der Arbeit gleichberechtigt mit Anderen über diese zentralen acht bis zehn Stunden unseres täglichen Lebens selbst entscheiden, sich selbst die Regeln geben, ohne Fremdbestimmung unter dem Druck von Profit und Gewinnmaximierung? Das wäre doch eine soziale Demokratie, eine Demokratie als Lebensform, eine ganze Demokratie. Diese Überlegungen sehe ich in dieser Demokratiebewegung nicht, ich sehe keine Utopie einer ganzen statt einer halben Demokratie. Sicher, die Zweifler, Nörgler, Kritiker, Beschwörer des Phantoms einer geschlossenen Gesellschaft mit weißer Hautfarbe werden nicht alle zu überzeugen sein, aber das Ziel einer ganzen Demokratie würde den energetischen Stoff dafür liefern, genau diese Gegner einer Gesellschaft der gleichen Menschenwürde nicht nur aufzuhalten, sondern zu überwinden.

Ist es nicht Aufgabe der Freunde der Demokratie, genau dies zu tun? Die Beschwörung und Verteidigung des Status quo werden nicht reichen.

Wilfried Gaum

Neuigkeiten aus dem Projekt zu Zwangsarbeit in Lehrte

Seit Anfang 2023 läuft das Projekt der Stadt Lehrte und des Antikriegshauses in Lehrte-Sievershausen zu Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkrieges. Der erklärte Auftrag von Politik und Verwaltung in Lehrte geht dahin, eine wissenschaftlich fundierte Dokumentation zu den Opfern nationalsozialistischer Herrschaft zu erarbeiten. Angesichts der Komplexität der Thematik und des zeitlichen Rahmens von zwei Jahren für dieses Projekt erfolgte eine Eingrenzung auf Zwangsarbeit und damit auf die bei weitem größte Opfergruppe in Lehrte. Erste Ergebnisse wurden nun in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Lehrter Land & Leute“ (Heft 61) veröffentlicht.

Darin geht es insbesondere um die Entstehungsgeschichte des bisher noch kaum erforschten Durchgangslagers in Lehrte, das im Kontext von Zwangsarbeit auch überregional eine wichtige Rolle spielte. Schätzungsweise 120.000–130.000 Personen machten den „Durchgang“ im Zeitraum vom Sommer 1942 bis zum Kriegsende 1945 mit. Hier wurden sie für den Arbeitseinsatz registriert, entlaust und dann meist nach kurzem Aufenthalt an andere Orte in Niedersachsen weiterverteilt. Einzelne Transporte führten auch in andere Regionen – und nur eine Minderheit der Deportierten verblieb in Lehrte. Die maßgebende Zuständigkeit lag anfangs beim Landesarbeitsamt Niedersachsen in Hannover und ging im Jahr 1943 auf das Gauarbeitsamt Osthannover in Lüneburg über. Nacheinander also betrieben diese beiden Ämter eine Außenstelle direkt im Lager und kooperierten dabei eng mit der Deutschen Arbeitsfront (DAF), zu deren Aufgaben die Versorgung gehörte.

Das Durchgangslager in Lehrte entstand 1942, zu einer Zeit, in der die Hoffnung auf einen schnellen Sieg deutscher Truppen in der Sowjetunion sich zerschlagen hatte. Massenweise waren Rotarmisten in deutscher Kriegsgefangenschaft bereits umgekommen, waren verhungert, erfroren, an Krankheiten zugrunde gegangen, waren Opfer sadistischer Wachmannschaften geworden; die Wehrmacht hatte ihr Überleben nicht vorgesehen, hatte mit millionenfachem Hungertod für Sowjetbürger geplant. Noch 1941 setzte sich in der Regimeführung allerdings eine andere Sichtweise durch. Notgedrungen sollten nun die sonst als slawische „Untermenschen“ geschmähten sowjetischen Zivilisten den enormen Bedarf an Arbeitskräften an der deutschen Heimatfront so weit wie möglich decken.

Erfahrungen beim Durchschleusen von Ausländern in Lagern gab es bereits, so mit den Franzosen an der Westgrenze. Doch mit dem Einsatz der „Ostarbeiter“ planten die Deutschen Durchgangslager in einer anderen Dimension, für erheblich mehr Menschen als zuvor und auch unter dem Gesichtspunkt, in großem Stil entlausen zu können – namentlich deshalb, weil Kleiderläuse das in Osteuropa vergleichsweise häufiger vorkommende Fleckfieber übertragen konnten. Die Praxis der Deportation zeugte von einer gewissen Schizophrenie, denn durch die Umstände – das Zusammendrängen großer Menschenmengen unter schlechten hygienischen Bedingungen in den Lagern und in eng besetzten Güterwaggons – sorgten die Deutschen selbst dafür, dass Fleckfieber sich ausbreitete, obwohl sie es gleichzeitig zu bekämpfen suchten. Die Entlausungsanlagen waren wesentlicher Bestandteil solcher neuen Lager, die zunächst insbesondere für die „Ostarbeiter“ gebaut wurden, dann aber weitere Gruppen aufnahmen.

Mit Dokumenten aus verschiedenen Archiven und insbesondere auch aus dem Bundesarchiv in Berlin lässt sich die Entstehungsgeschichte des Lagers nun einigermaßen nachvollziehen, und ein kürzlich entdeckter Lageplan erlaubt es erstmals, das Gelände recht genau zu überblicken und einzelne Baulichkeiten bestimmten Funktionsbereichen zuzuordnen. Dabei ist die Geschichte des Durchgangslagers wohlgerne nur einer von verschiedenen Aspekten zum Thema Zwangsarbeit in Lehrte, der in der Dokumentation behandelt wird. Aber gerade die Erforschung dieses relativ großen Lagers war wegen seiner Bedeutung längst überfällig.

Wer sich für eine ausführlichere Darstellung mit Abbildungen interessiert, kann das oben erwähnte Heft mit dem Aufsatz „Zwangsarbeit und Nationalsozialismus in Lehrte. Die

Entstehung des Durchgangslagers im Jahr 1942“ unter folgender Adresse bestellen (oder sonst auch dem örtlichen Buchhandel einen Besuch abstatten):

<https://www.lehrter-land.de/online-shop/>

Heiko Arndt

Der Winter der Literatur

Rezension

Der Februar 1933 war für viele SchriftstellerInnen und Intellektuelle in Deutschland ein Monat zwischen Hoffnung und Verzweiflung. Hitler wurde zwar am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt, es sollten jedoch noch Wahlen stattfinden, bei denen manche hofften, Hitler verhindern zu können.

Käthe Kollwitz und Heinrich Mann riefen in einem dringenden Appell zur Einheitsfront zwischen SPD und KPD auf. Dies führte dazu, dass sie aus der preußischen Akademie der Künste hinausgedrängt wurden. Die Auseinandersetzungen mit den Nazis hatten zwar schon viel früher begonnen, aber die Störungen von Theateraufführungen, Filmvorführungen und Vorträgen durch Nazis nahmen massiv zu und gewaltsame Auseinandersetzungen auf der Straße führten täglich zu Toten und Schwerverletzten auf beiden Seiten.

Die Ereignisse und Kämpfe in diesem schicksalsträchtigen Monat hat Uwe Wittstock detailliert dokumentiert und erlebbar gemacht. Viele bekannte SchriftstellerInnen schwankten zwischen Standhalten und Flucht: Familie Mann (Erika, Klaus, Thomas und Heinrich), Alfred Döblin, Carl v. Ossietzky, Vicky Baum, Mascha Kaleko und Gabriele Tergit, um nur einige zu nennen.

Beim Lesen erfahren wir ihre Beweggründe, ihre Ängste und Sorgen, die der Autor aus Tagebüchern, Briefen und autobiografischen Schriften zusammengetragen hat. Zusätzlich werden die politischen Intrigen hinter den Kulissen erläutert. Eine erhellende Lektüre.

Uwe Wittstock, Februar 33 - der Winter der Literatur C.H.Beck Verlag, 16 Euro

Inge Schendel

Impressum

Das Netzwerkforum (einst Newsletter) erscheint zu Beginn jedes geraden Monats sechsmal pro Jahr als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und an Interessierte des Vereins. Redaktionsschluss dieser Ausgabe war am 27. Mai 2024. **Redaktionsschluss des nächsten Netzwerkforums ist der 24. Juli 2024.**

Redaktion: Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent), PS

Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., Kirchstr. 1/ Pariser Platz, 30449 Hannover; Tel. 0511/ 67437122;

erinnerung-und-zukunft@gmx.de; www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de



wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.

